

# Indifferenz gegenüber Differenzen

## Einleitung

Der Titel dieses offenen Heftes geht nicht so sehr auf das Alltagssprachliche Verständnis zurück, das Indifferenz im Sinne von Gleichgültigkeit eher negativ konnotiert, sondern bezieht sich stärker auf die gleichfalls virulenten Bedeutungen: Uninteressiertheit, Neutralität. In den letzten Jahren ist in den Bereichen Geschlechterforschung und feministische Politik, obwohl sie sich über die Geschlechterunterscheidung konstituieren, eine durchgängige Interessiertheit gegenüber Differenzen nicht unkritisiert geblieben, da sie in das Dilemma führen kann, Differenzen, statt sie zu überwinden, zu (re)produzieren. Von Begriffen wie »De-Thematisierung« und »undoing gender« ist in diesem Zusammenhang die Rede gewesen, die Visionen von geschlechtsneutralen kulturellen Praktiken und politischen Strategien befördern sollten. Bei dem Begriff der Indifferenz schwingen demgegenüber (unvermeidbar) Normativität und Ambiguität, schwingt das politische Paradox des Interesses für Differenzen noch anders mit, und so lassen sich u. E. sehr unterschiedliche und spannungsreiche Bezüge der Beiträge dieses Heftes zu seinem Titel knüpfen.

Soo-Hyun Mun befasst sich in ihrem rechtshistorischen Beitrag mit den Prozessen, die in der BRD in den frühen 1950er Jahren um die »Frauenlohnfrage« bzw. die Gleichbezahlung der Arbeit von Frauen und Männern geführt wurden. Sie verfolgt die rechtlichen Auseinandersetzungen auf der Basis von Gutachten, Verlautbarungen unterschiedlicher Prozessbeteiligter sowie Urteilen von Landesarbeitsgerichten und Bundesarbeitsgericht (BAG). Die Autorin zeigt, wie einerseits das Konstrukt der »typischen Frauenarbeit« die Ungleichbezahlung von Frauen und Männern sichern half – übrigens ein schönes Beispiel für die oben angesprochene gesellschaftliche Produktivität des Differenzdenkens –, wie es andererseits aber bereits zur damaligen Zeit kontrovers verhandelt wurde. Trotz eines Grundsatzurteils des BAG von 1955, das besagt, »dass der Gleichberechtigungsgrundsatz auch den Grundsatz der Lohngleichheit von Frau und Mann umfasst«, bedurfte es einer Wiederauflage der rechtlichen Auseinandersetzungen in den frühen 1980er Jahren, bis traditionelle Vorstellungen von differenter Frauen- und Männerarbeit in der Rechtsprechung überwunden wurden. Und man wartet bis heute, nicht nur *in puncto* Entlohnung, auf die flächendeckende Durchsetzung einer indifferenten Haltung der Arbeitgeber gegenüber der Geschlechtszugehörigkeit von Arbeitnehmern.

Ein weiteres Feld feministischer Interventionen war und ist die Politik der Europäischen Union mit ihren geschlechterpolitischen Implikationen. Auch die *Feministischen Studien* haben sich immer wieder mit der EU-Thematik beschäf-

tigt, z.B. in dem Schwerpunktheft »Geschlecht und Politik in Europa« (11/2001). In diesem Heft wird die neueste Entwicklung – der EU-Verfassungsvertrag – einer geschlechterpolitischen Bewertung durch Jutta Hergenhan unterzogen. Die Autorin entwickelt die These, dass der inzwischen durch das Nein der Franzosen und der Niederländer nicht mehr ratifizierungsfähige Verfassungsvertrag nationalstaatliche Politiken der Geschlechterungleichheit auf supranationaler Ebene lediglich reproduziere. Das Dokument thematisiere zwar an mehreren Stellen die Geschlechterperspektive, jedoch vorrangig unter bürokratischen und weniger unter demokratischen Gesichtspunkten. Dass von Frauen immer wieder kritisierte »Demokratiedefizit« der EU sowie ihre wirtschaftsdominante Ausrichtung und die Intransparenz ihrer Entscheidungen habe nun den politischen Einigungsprozess zum Stocken gebracht. Jutta Hergenhan zeigt an dieser Blockade auf, wie eng die Verbindung zwischen Demokratisierungsprozessen und einer nachhaltigen Geschlechterpolitik ist und wie sich dieses spannungsreiche Verhältnis in der EU-Politik darstellt. Sie konzidiert der Geschlechterpolitik der EU durchaus frauenfreundliche Impulse, wenn sie die Entwicklung von Frauenrechten auf europäischer Ebene aufzeigt, betont jedoch die maskuline Kultur, die sie in der fehlenden sprachlichen und politischen Repräsentanz von Frauen auf beinahe allen Ebenen festmacht. Um die »Indifferenz gegenüber den geschlechterdemokratischen Aspekten der europäischen Integration zu überwinden«, reiche es nicht aus – so ihre Schlussfolgerungen – lediglich eine quantitative Gleichstellung von Frauen zu fordern. Es gehe um weit komplexere Vorstellungen wie z. B. um die Weiterentwicklung feministischer Integrationstheorien.

Claudia Opitz präsentiert Überlegungen zu einer Geschlechtergeschichte der Staatsräson im 16. Jahrhundert. Sie rekonstruiert, wie die »weibliche Regierungsfähigkeit« in der *querelles des femmes* und in der klassischen politischen Theorie diskutiert wurde. Im Weiteren legt sie die politischen Kontroversen anlässlich der Thronbesteigung von Elisabeth 1. von England dar. In ihrem Schlussteil erörtert die Autorin, dass die im traditionellen politischen Denken partiell zu findende Indifferenz gegenüber der Geschlechterdifferenz – hier in Bezug auf die Konzeption von Regierungskompetenz – »der Idee von der Gleichheit der Geschlechter allgemein« jedoch wenig nützte.

Beate Rosenzweig diskutiert ausführlich die Etappen der feministischen Rezeptionsgeschichte der politischen Philosophie Platons (*Politeia*). Sie zeigt die Theorienkonjunkturen feministischer Kontroversen auf – gleichheits-, differenztheoretische und dekonstruktivistische Ansätze zum Geschlechterverhältnis – und stärkt abschließend die in jüngster Zeit vertretene These, dass politische Ideengeschichtsschreibung ihre produktive Spannung aus der Konfrontation klassischer Texte mit aktuellen Problemstellungen gewinnt.

Ein Sprung zurück in die Moderne erfolgt mit Sasha Roseneil und Shelley Budgeon, die sich mit Intimität und Fürsorge jenseits der Familie« zu Beginn des 21. Jahrhunderts beschäftigen. Die Autorinnen kritisieren die soziologische Sicht-

weise, die Intimität und Fürsorge (care) zumeist im Familienkontext ansiedelt und diskutiert. Durch neue Beziehungsmuster jenseits von Familienzusammenhängen werde Sexualität »dezentriert«, so dass Intimität nicht mehr ausschließlich in der heterosexuellen Ehe oder in der Familie stattfinde. Im empirischen Teil gehen die Autorinnen über diese These hinaus und stellen eigene Forschungsergebnisse vor. Qualitative Erhebungen an Personen, die nicht in Kleinfamilienarrangements leben, sollen hier verdeutlichen, dass ihr Leben um stabile Freundschaften herum zentriert ist, die in der Regel Sexualität nicht einschließen. Diese nicht unumstrittenen Sichtweisen, die durch weitere Forschungen noch vertieft werden könnten, verstehen wir als Anregung, die auch in der deutschen familiensoziologischen Forschung zu beobachtende Tendenz, neue Lebensformen einzu beziehen, zu bestärken.

*Susan Splinters* Beitrag hat anekdotischen Charakter, er dokumentiert und interpretiert die Briefe, die Christian Gottlieb Kratzenstein, ein verwitweter Physikprofessor aus Kopenhagen, an einen von ihm als Heiratsvermittler ausgesuchten Freund im 18. Jahrhundert nach Berlin sandte. Deutlich wird Kratzensteins rationale Heiratsplanung, vor der die erwählte Braut nach einem ersten Treffen offenbar zurückschreckte und ihm absagte. *Splinter* deutet diesen Verlauf als Ergebnis eines Konfliktes zwischen einer überkommenen rationalen Heiratskonzeption und dem Konzept der Liebesheirat, das im 18. Jahrhundert immer mehr an Bedeutung gewonnen habe.

In der Rubrik *Bilder und Zeichen* erstellt *Katja von der Bey* ein Portrait der Malerin und Bühnenbildnerin *Sibylle Gädke*. Von der Bey führt die Leserinnen in die Produktionsweise der Künstlerin ein. Aus Skizzenbüchern, die während ihrer Afrikareisen entstanden sind, fertigt sie »Reisebilder« in verschiedensten Techniken an, z. B. Aquarelle und Collagen.

In den *Diskussionsteil* haben wir einen Beitrag zu humangenetischen Datenbanken sowie zwei kurze Diskussionsbeiträge aus Frankreich zur geschlechtlichen Arbeitsteilung aufgenommen. *Malaika Rödel* und *Charlotte Ullrich* diskutieren, wie das Projekt einer umfassenden humangenetischen Datenbank in Island durch eine Allianz des Unternehmens »Decode Genetics« mit isländischen Politikern und Ärzten etabliert wurde und auf breite Akzeptanz stieß. Die Autorinnen interessieren sich, dass sich die Kritik dieses Unterfangens vor allem an einzelnen Verfahrensfragen entzündete, aber nicht an den weiteren politischen, sozialen und kulturellen Implikationen der so genannten *Health Sector Database* (HSD). Auch in diesem Fall also spielt Indifferenz eine Rolle, denn die Auswirkungen des Implementationsprozesses auf Geschlechterverhältnisse und -politik blieben in der öffentlichen Debatte ebenfalls ausgeblendet. Demgegenüber sprechen die Autorinnen am Schluss ihres Beitrags an, dass die Geschlechterforschung andere, geschlechtssensible Perspektiven auf die Verschiebungen von Selbst- und Körperwahrnehmungen durch HSD eröffnet, als sie bisher in einer breiteren Öffentlichkeit wahrgenommen wurden.

Die Thematik der geschlechtlichen Arbeitsteilung und der Vereinbarkeitsproblematik untersuchen *Danièle Kergoat* und *Helena Hirata* für Frankreich. Obgleich es in Deutschland bereits eine lange Tradition feministischer Forschung zu diesem Themenkomplex gibt und viele anspruchsvolle Studien hierzu vorliegen, gibt die französische Perspektive für feministische Analysen in Deutschland neue Impulse. *Danièle Kergoat*, die in Frankreich eine herausragende Rolle in den Diskussionen um die *division sexuelle du travail* spielt, skizziert die Karriere des Begriffs der geschlechtlichen Arbeitsteilung in Frankreich. Ausgangspunkt war die Frauenbewegung, die mit der Hausarbeitsdebatte ein Kampfprogramm geschaffen hatte (»Le Torchon Brûle«, der Putzlappen brennt, hieß die radikale Frauenzeitschrift der 1960er Jahre). Mit der Aufnahme des Begriffs der geschlechtlichen Arbeitsteilung in den akademischen Diskurs hat er nach Einschätzung der Autorin an politischer Brisanz verloren. Um an die ursprüngliche geschlechterpolitische Dynamik anknüpfen zu können, fasst Kergoat den Begriff neu. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass sich alles ändert – durch die Globalisierung entstehen neue Hierarchisierungen zwischen Frauen, die Auslagerung der Hausarbeit habe eine Apeasement-Funktion in den Genusgruppen – und gleichzeitig nichts verändert: Die soziale Ungleichheit zwischen den Geschlechtergruppen sei gleich geblieben.

Auch *Helena Hirata* geht es darum, die Asymmetrie in der geschlechtlichen Arbeitsteilung theoretisch zu fassen. Sie befasst sich mit der Vereinbarkeitsproblematik und hinterfragt Theorien der Geschlechterrollen nach ihrem Geschlechter-Bias am Beispiel verschiedener Modelle: das traditionelle Modell der Geschlechtertrennung, das Modell der Vereinbarkeit, das Partnerschaftsparadigma und das von Hirata entwickelte Delegationsmodell, einer Arbeitsteilung zwischen Frauen unterschiedlicher sozialer Schichten, die letztlich zu einem Dienstbotenstand führt. In der deutschen Diskussion hat Ingrid Kurz-Scherf in diesem Zusammenhang von einer Refeudalisierung der Gesellschaft gesprochen.

Abschließend möchten wir noch auf einen kurzen, jedoch frauenpolitisch wichtigen Beitrag in der Rubrik *Informationen* hinweisen, auf das erste feministische Memorandum zur »Zukunftsfähigen Arbeitsforschung«. Es ist von dem universitären Marburger »Netzwerk feministische Arbeitsforschung« erstellt worden und auf einer ebenfalls in diesem Heft besprochenen Veranstaltung – dem 3. Marburger Arbeitsgespräch – öffentlich diskutiert worden. Federführend für den Herausgeberinnenkreis des Memorandums haben *Ingrid Kurz-Scherf* und *Eva Senghaas-Knobloch* für die Feministischen Studien dankenswerterweise eine Kurzversion erstellt.

*Helga Kelle und Mechthild Veil*